

Beschluss

TOP II.8 Verfolgen statt nur Löschen – Rechtsdurchsetzung im Internet

Berichterstatter: Nordrhein-Westfalen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich mit der Zunahme strafbarer Hasskommentare im Internet und der Gefahr einer Ausbreitung gewaltgeneigter und extremistischer Gesinnungen in der Gesellschaft befasst. Sie sehen mit Sorge, dass die vermeintliche Anonymität der Kommunikation über soziale Medien und Internetforen Nutzerinnen oder Nutzer ermutigen könnte, strafrechtlich relevante Äußerungen zu verbreiten und damit die Wirkungsreichweite u. a. extremistischer Hetze auszuweiten.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister betonen die Bedeutung einer konsequenten Strafverfolgung neben den gesetzlichen Löschpflichten der Betreiber sozialer Medien und sonstiger Kommunikationsplattformen.